

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werttätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bis 6 Uhr abends mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Preisanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 142.

Dresden, Donnerstag den 24. Juni 1909.

20. Jahrg.

Wertzuwachs- und Stempelsteuern. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Erbschaftsteuervorlage.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Vor ein paar Jahren machte ein amüsantes Blickelein die Kunde durch die Welt, das den Titel trug: „Die Kunst, in 60 Minuten ein Kunststücken zu werden“; ein ähnliches Buch könnte jetzt ein Satiriker über das Thema schreiben: „Wie man in 10 Minuten ein neues Gesetz machen kann.“ Das Wort müßte er wohl dem famosen Grafen Westarp widmen, der als einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Gesetzes-Produktion zu gelten hat; dieser Mann kann — Geschwindigkeit ist keine Sogerei — auf Wunsch jeden Tag drei Gesetze neu machen, zu jedem einzelnen dann 80 Anträge auf Änderungen und zu jedem dieser Änderungsanträge noch je zehn Unteränderungsanträge fabrizieren. Mit einem ungeheuren Fleißertopf und einer sehr leistungsfähigen Schere bewaffnet betreibt er diese Arbeit. Was ihm in den Weg läuft, wird sofort eingeklappt. Daß dabei manchmal Unheil geschieht, indem es ihm widerfährt, unrechte Fäden aneinander zu pappen, hat keine große Bedeutung; unter Klameraden ist es ganz gleichgültig, wie ein Gesetz aussieht! Nur eine Bedingung muß es erfüllen, nämlich die Sicherheit bieten, daß die Agrarier von der Zahlung der Steuern verschont bleiben. Ist diese Sicherheit gegeben, dann kann die Kurde der Gesetzgebung gedreht werden.

In der Sitzung des Reichstages vom Mittwoch geißelten die Vertreter der sozialdemokratischen und liberalen Parteien, die Abgeordneten Silbermann, Cuno und Gothein, die Gesetzesmacher der konservativ-merkantilen Mehrheit mit aller Schärfe. Zur Behandlung stand der Entwurf eines Gesetzes wegen Einführung einer Reichswertzuwachssteuer auf Grund und Boden. Dieser Antrag verweist dem konservativen Reichstag den „deutschen Familienstamm“ vor der Belastung durch eine Erbschaftsteuer zu bewahren. Ausgerechnet die Konservativen treten für eine Besteuerung des Wertzuwachses von Grund und Boden ein! Ist das nicht ein Zeichen geradezu überweltender Roblesse? Man müßte unsere Junker nicht kennen, wenn man sich von dem Schein auch nur einen einzigen Augenblick lang täuschen lassen wollte. Sobald man sich ihre Vorklänge ansieht, wird man inne, daß es sich dabei um den Versuch handelt, die Last der vorgeschlagenen Steuern reiflos der städtischen Bevölkerung und von dieser natürlich zumeist dem ärmeren Teile aufzuzwingen.

Die Sozialdemokratie ist schon immer für den Gedanken der Wertzuwachssteuer eingetreten und hat auch schon wiederholt die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer erwogen. Das war zu der Zeit, als man voraussehen konnte, daß durch den Zolltarif der Preis des Grund und Bodens erheblich in die Höhe getrieben werden würde. Abgeordneter Silbermann brachte interessante Schätzungen dieses Wertzuwachses bei: Wir haben in Deutschland ungefähr 17 1/2 Millionen Hektar Ackerland; der Ertrag an Getreide ist nach Abzug der Ausfuhr auf ungefähr 12 Doppelzentner für den Hektar anzunehmen. Da durch den Zolltarif der Preis des Doppelzentners Getreide durchschnittlich mit 5 M. gehiebert wurde, so ist damit die Grundlage für eine Preissteigerung von 1200 M. für den Hektar geliefert, wenn man nämlich die erhöhte Rente von 60 M. wie es üblich ist, mit 20 multipliziert und so ihren Kapitalwert feststellt. Das macht nun eine Wertsteigerung für das ganze Ackerland von mehr als 20 Milliarden Mark seit einigen Jahren. Es liegt auf der Hand, daß es von größtem Vorteil gewesen wäre, wenn wenigstens ein Teil dieser Wertsteigerung für die Allgemeinheit hätte in Sicherheit gebracht werden können. Denn dann wäre vielleicht möglich gewesen, der Finanznot des Reiches auf anderem Wege abzuhelfen, statt daß man, wie es jetzt geschieht, notwendige Verbrauchsartikel dem Volke noch weiter besteuert.

Wenn nun trotzdem die sozialdemokratische Partei im vorliegenden Falle gegen den Vorschlag des Grafen Westarp und seiner Freunde auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer stimmte, so bedarf dieses Vorgehen einer Erklärung. Es geschah aus wohlüberlegten Gründen. Der Antrag Westarp entspricht nicht im allergeringsten den Ansprüchen, die wir an eine Wertzuwachssteuer zu stellen verpflichtet sind, weil er nämlich mangelhaft ist und eine geradezu ungeheuerliche Verzerrung des landlichen Grundbesitzes in sich schließt. Die wesentlichen Mängel geben die Abgeordneten der Linken mitzuteilen dem Gespött preis, aber die Kurildrängung der agrarischen Privilegien gelang ihnen natürlich nicht, denn die Mehrheit war entschlossen, auch die kleinste Änderung abzulehnen. Man könnte ebensogut einen alten Baumstumpf zu überzeugen versuchen, wie die kompakte Mehrheit der Liberalen und Konservativen. Diese ergreift sich offenbar für die entscheidenden Schlachten der nächsten Tage ein. Sie müssen nämlich alle Mann an Bord rufen, wenn sie schon in der zweiten Lesung des Erbschaftsteuergesetzes einen vollständigen Sieg über die Regierung davontragen wollen. Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, in

der zweiten Lesung der Erbschaftsteuer ihr Verhalten dem Vorgehen ihrer Vertreter in der Kommission anzupassen, d. h. also, für die Regierungsvorlage zu stimmen, weil sie, obwohl uns nicht weitgehend genug, doch Verbesserungen gegen den bisherigen Stand der Gesetzgebung bringt. Damit könnte aber bei vollständiger Befolgung des Hauses die Zahl der für die Erbschaftsteuer Stimmen auf 199 gesteigert werden, d. h. es wäre die absolute Mehrheit für die Erbschaftsteuer vorhanden. Dann wäre zugleich eine dritte Lesung des Gesetzes gesichert, denn die findet nur dann nicht statt, wenn ein Entwurf schon in der zweiten Lesung so vollständig abgelehnt worden ist, daß auch nicht einmal Ueberschrift und Unterschrift erhalten geblieben sind. Mit der Stellung der sozialdemokratischen Fraktion für die zweite Lesung ist ihrem Verhalten in der dritten Lesung nicht präjudiziert; vielmehr hat sie alle ihre Entschlüsse noch ausdrücklich vorbehalten. Jede Stunde kann je politische, Ueberraschungen bringen, die die Fraktion veranlassen können, in dem einen oder dem anderen Sinne ihre Abstimmung einzurichten. Die von Berliner Mittagablättern verbreitete Nachricht, daß die Regierung jetzt fest entschlossen sei, die Ablehnung der Erbschaftsteuer in der zweiten Lesung mit der sofortigen Auflösung des Reichstages zu beantworten, fand allerdings im Parlament keinen Glauben. Es scheint auch, als ob es sich hier lediglich um den Versuch einer Einschüchterung der Konservativen handelte. Genügsamer ist schon das Gerücht zu bewerten, daß ein erheblicher Teil der Konservativen bei der dritten Lesung des Erbschaftsteuergesetzes umfallen würde. Einem Teil der Herren scheint nämlich der konsequente Widerstand gegen die Erbschaftsteuer sehr gefährlich für die Fortdauer ihres Mandates zu sein.

Hamburger Kaiserrede.

Sport und Politik.

Bei einem Frühstück, das der Norddeutsche Regattaveren auf dem Dampfer Deutschland zum Besuch des Kaisers veranstaltete, hielt der Hamburger Bürgermeister Dr. Burck eine Ansprache, in der er den Kaiser als Schlichter des Segelsports feierte und — natürlich nicht ohne vorherige Vereinbarung — auf die gegenwärtige politische Situation und die Steuerkämpfe hinwies; auch die Begegnung des Kaisers mit dem Jaren wurde erwähnt. Auf diese Stichworte hin sagte der Kaiser:

Wir treiben hier Sport und keine Politik: Euer Magnifizenz haben aber die Güte gehabt, die Punkte zu berühren, die aller Deutschen Herzen jetzt bewegen. Ich hoffe immer noch, daß der Gemeinsinn in unseren Volkstrettern sich über dem Parteilichem Bahn brechen wird, da ich doch annehme, daß niemand unter ihnen die Verantwortlichkeit auf seine Schultern nehmen wird, das Scheitern einer für unser Vaterland nach innen wie nach außen unumgänglich notwendigen Reform zu verantworten.

Sie haben alle mit Interesse meine Rede nach den finnischen Schären verfolgt, wo ich so warme und gütliche Aufnahme teilhaftig meiner Majestät des Kaisers aller Reußen und der Seinen gefunden. Es freut mich, in der Lage zu sein, gerade Ihnen, als Vertretern der Handels- und Seefahrtswelt, die Sie ein Interesse an der friedlichen Gestaltung der Zukunft haben, das folgende über die Bedeutung des Segelsports mitteilen zu können:

Seine Majestät der Kaiser und ich sind dahin übereingekommen, daß unsere Zusammenkunft als eine energische Verfestigung des Friedens aufzufassen ist. Wir fühlen uns als Monarchen unseres Vates verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir so weit als möglich auf friedlichem Wege vorwärts bringen und zur Hilfe emporsühren wollen. Alle Völker brauchen den Frieden, um unter keinem Schlags den großen Kulturaufgaben ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung ungehindert obliegen zu können. Daher werden wir beide stets danach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für Förderung und Wahrung des Friedens zu wirken.

Unter diesem Frieden kann sich auch natürlich der Sport in vollster Blüte entwickeln. Und so lese ich denn mein Glas auf die geliebte Stadt Hamburg und meine Kollegen, die hier verammelt sind, drei Hurra für die Stadt Hamburg und die Hamburg-Amerikaner. Hurra, hurra, hurra!

Liberaler Blätter, so die Volkische Zeitung, sind hochbeglückt über diese Kaiserrede. Die liberalen Blätter haben vergessen, wie eifrig sie vor einigen Monaten gegen die persönliche Einmischung des Kaisers in die Politik gestritten haben. Jetzt, da sie vermerken, daß die Worte des Kaisers sich gegen ihre politischen Gegner, gegen Konservative und Liberaler, richten, sind ihnen auch ihre konstitutionellen Grundzüge wieder einmal gänzlich verschwunden. Diese Art „Liberaler“ dürfen sich nicht wundern, wenn das nächste Mal die persönliche Politik sich wieder gegen sie selbst richtet. Wir Sozialdemokraten verurteilen diese absolutistische Einmischungspolitik in jedem Falle. Nicht der Einzelne soll die politischen Parteien kommandieren, sondern das Volk soll ihnen Richtung und Bahn weisen.

Es ist gewiß anzunehmen, daß die Worte des Kaisers über die Steuersituation sich in diesem Falle des Befalls des Reichstages durchzusetzen erfreuen. Die Kaiserrede klingt geradezu wie eine Rettungsbalken für den Herrn von Bülow. Die konservative und Zentrumspresse weiß sich übrigens gegen die sehr allgemein gehaltenen Bemerkungen des Kaisers ganz gut zu helfen, indem sie den „Ge-

meinung“ für sich selber reklamieren, den „Parteilich“ aber den Liberalen zuschieben.

Es bedarf in diesem Augenblicke keiner ausführlichen Darlegungen, daß wir über die „für unser Vaterland nach innen wie nach außen unumgänglich notwendige Reform“ ganz anders denken als Wilhelm II. Unumgänglich notwendig sind für das Deutsche Reich ganz andere Reformen als die sogenannte Finanzreform, die eine ungeheure Belastung des wirtschaftlichen Lebens bringt und einen durchaus reaktionären Regierungstypus die Fortsetzung gewährt soll!

Was der Kaiser über die Begegnung mit dem Jaren mitgeteilt hat, betrachten wir nicht minder zweifelnd und ablehnend. Es ist immer wieder als ganz gut zu bezeichnen, daß auch der Kaiser nach Kräften den Frieden zu fördern und zu wahren wünscht. Aber die Tatsachen der deutschen Politik stimmen keineswegs zu solchen Wünschen. Eine wirkliche Friedenspolitik müßte nicht unter der Bedingung stehen: Viele Friedensstreben und viele Kriegsbekämpfungen, sondern unter der Bedingung: Weniger Friedensstreben und weniger Kriegsbekämpfungen!

Eine andere Wendung der Hamburger Kaiserrede zeigt, daß Wilhelm II. aus dem absolutistischen Ideenzirkel nicht herausgelungen vermag. Die Völker sollen sich wirtschaftlich entfalten, so denkt er, aber er seine monarchischen Kollegen seien von Gott bestellt, um die Völker, so weit als möglich auf friedlichem Wege vorwärts zu bringen. Wir glauben, daß die Völker gut tun, sich zur Wahrung des Völkere Friedens und zu ihrem Wohlwollen nicht auf Güter und einzelne Menschen, sondern auf sich selbst zu verlassen!

Am Schluß seiner Worte sagte der Kaiser zum Sport jurist. Er hatte begonnen: Wir treiben hier Sport und keine Politik. Aber er hat doch Politik getrieben. Es wäre richtiger gewesen, wenn der fallische Redner bei der Frühstückstafel auf dem Dampfer Deutschland sich streng an sein eigenes Programm gehalten und lediglich dem Regattasport geschuldigt hätte.

Aus der Finanzkommission.

Die Finanzkommission des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Reichs-Stempelgesetzes. Auf Vorschlag des Vorsitzenden begann die Beratung mit dem Stempel bei Grundstücksübertragungen, der nach der Vorlage ein Drittel vom Quadratfuß betragen soll.

Abg. Graf Westarp (kons.) stellte fest, daß die neuen Beiträge der Regierung im großen und ganzen den Beschlüssen der Finanzkommission entsprechen. Die Konservativen wollen daher die Regierungsvorlage unterstützen, obwohl sie prinzipiell an ihren eigenen Vorschlägen festhalten geneigt wären. Die empfindliche Stellung zu dieser Frage sei abhängig von der gewählten Belastung des mobilen Kapitals. In einem besonderen Antrag würden die Konservativen außerdem noch versuchen, Grundbesitz von geringem Wert von der Umsatzsteuer frei zu lassen. Die frühere Vereinbarung der Wertzuwachssteuer und des Umsatzstempels solle gelöst werden, und das bezog sich auf einen Antrag, den er nachmittags im Plenum einbringen gedenke. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen brachte Graf Westarp eine große Menge von Anträgen zu den einzelnen Paragraphen der Vorlage ein.

Staatssekretär Schönow empfahl die Regierungsvorlage. Sie sei zwar nicht so gut wie eine Erbschaftsteuer, denn die Stempelsteuern könnten nur einmal die Leistungsfähigkeit der Stempelpflichtigen in Rechnung stellen, aber die Vorschläge seien doch immerhin das Beste, was unter den gegebenen Verhältnissen geboten werden könne. Auf den städtischen Besitz falle von der Stempelsteuer 1/2, auf den landlichen nur 1/3. Diese Steuer sei in der Tat eine Belastung des mobilen Kapitals, soweit es in städtischen Grundstücken angelegt sei.

Abg. Dr. Wiermer (freil. Volksp.): Die Stempelsteuer, wie sie jetzt vorgeschlagen sei, kann man überhaupt nicht als Besteuerung ansprechen. Auch in der Begründung der ursprünglichen Regierungsvorlage seien die Stempelsteuern sehr richtig als Steuern auf den Verkehr begründet worden. Die Besteuerung des Grundbesitzes sei eine sehr rasche Form der Besteuerung. Die Freistimmigen müßten der Vorlage die Zustimmung verweigern.

Abg. Dr. Müller-Pulda (zent.): Am großen und ganzen ist die Vorlage ganz gut. Sie ist eine bessere Fassung der Kommissionsbeschlüsse. Ohne Wertzuwachssteuer sei freilich diese Steuer nicht annehmbar. Die Wertzuwachssteuer sei für ihn die Voraussetzung, auf der sich die Beteiligung an der Beratung dieser Steuer überhaupt aufbaue. Die Stempelsteuer sei freilich keine Wertsteuer, aber in Verbindung mit anderen Steuern könne sie dazu gemacht werden.

Abg. Singer (soz.) führte aus: Uns wäre es lieber, eine Wertzuwachssteuer zu schaffen. Aber auch diese muß so gestaltet sein, daß sie richtig wirkt und richtige Erträge liefert. Dem Prinzip der Umsatzsteuer stimmen die Sozialdemokraten jedenfalls zu, auch einer Reichswertzuwachssteuer, wenn dabei die Interessen der Gemeinden geschützt würden. Die Umsatzsteuer aber könne nicht als eine Besteuerung angesehen werden, schon deshalb, weil sie sehr oft ein Verlustgeschäft mit Verlust ausgeführt werden müsse. Das Interesse der Gemeinden stellen wir sehr hoch. Aber die Rücksicht auf die Gemeinden allein könnte uns nicht abhalten, die Umsatzsteuer für das Reich zu reklamieren, wenn man ihr sonst nur zustimmen könnte. Da sie aber keine Besteuerung ist und kein Ersatz für die eigentliche Besteuerung sein kann, so stimmen wir dagegen.

Abg. Sieg (natl.) wies darauf hin, daß in vielen Orten die Umsatzsteuer schon eine sehr erhebliche Höhe erreicht hätte. Wenn die National Liberalen ihr dennoch zustimmen wollten, so geschähe es nur aus Rücksicht auf die falsche Finanzlage des Reiches, nicht aus der Ueberzeugung, daß die Steuer gut sei.

Reichstagspräsident Reichert h. H. e. i. n. d. a. b. e. n sprach sich ebenso, wie früher der Reichstagspräsident, gegen den Antrag des Grafen Westarp aus, der die Heimeren Grundstücke von der Steuer